

Sie möchten mitmachen?

Informationen anfordern

Hiermit bitte ich um weitere Informationen über die Partei DIE LINKE. in Mönchengladbach, sowie über die Satzung und die Mitwirkungsmöglichkeiten.

Nachname

Vorname

E-Mail

PLZ / Wohnort

Telefon

Straße / Nr.

Bitte einsenden an unten stehende Adresse im Impressum

Herausgeber / Impressum / V.i.S.d.P:

DIE LINKE.

Kreisverband Mönchengladbach

DIE LINKE. MG / Torben Schultz
Hauptstraße 2

41236 Mönchengladbach

Telefon: 0 21 66 / 979 22 43

E-Mail: buero@die-linke-mg.de



Blockupy

mobilisiert weiter zu Protesten gegen
Verarmungspolitik.

Demonstration und Kundgebung vor der
EZB Zentrale in Frankfurt am Main.

Am 18. März 2015

Nähere Information zu Demo und
Hinfahrt

im Büro der Partei *Die Linke*

Öffnungszeiten

Montag und Dienstag

14.00 bis 18.00 Uhr

Mittwoch bis Freitag

10.00 bis 14.00 Uhr

Montag, Dienstag und Freitag ist Sozialberatung

DIE LINKE.

Kreisverband Mönchengladbach

ΣΥΡΙΖΑ

Πολιτική Κίνηση

Düsseldorf

Vortrag und Diskussion über die
Entwicklung in Griechenland nach dem
Wahlsieg von Syriza

Referent: Michael Aggelidis
Landesvorstand
Die Linke NRW

Ort: Büro *Die Linke*
41236 Mönchengladbach
Hauptstraße. 2

Datum: 19. März 2015
Uhrzeit: 19:00 Uhr

Menschengladbach
- eine Stadt für uns!

original sozial
www.die-linke-mg.de



Information von SYRIZA

Sehr geehrte Damen und Herren,
wir möchten Sie über das Regierungsprogramm der neuen griechischen Regierung, nach der Wahl vom 25. Januar 2015, informieren.

Das Programm sieht im einzelnen vor:

- **Wiedereinstellung der entlassenen Putzfrauen im Finanzministerium**
- **Erhöhung des Mindestlohns auf das Niveau von 2010 von 480 € auf 750 €**
- **Auszahlung einer 13. Rente für alle Renten bis 700 €**
- **Krankenversicherung für alle Menschen, Abschaffung der Zuzahlungen**
- **Bekämpfung der Korruption**
- **Bekämpfung der Steuerhinterziehung der großen Vermögensbesitzer**
- **Stopp der Privatisierungen, vor allem bei Häfen und Bahn**
- **Kostenlose Energieversorgung für erwerbslose Menschen**
- **Rücknahme der Lohnsenkungen**
- **Wiedereröffnung des Fernsehsender ERT**

Damit setzt die Regierung einen Teil ihrer Wahlversprechen um, damit die Menschen in Griechenland wieder in Würde leben können. Über 20 % haben in den letzten Jahren keine Krankenversicherung mehr gehabt und konnten sich keinen Arztbesuch oder Krankenhausaufenthalt mehr leisten. Mit diesem Programm lindert die Regierung die ärgste Not. Damit ist noch nicht die horrende Arbeitslosigkeit, von über

50 % bei jungen Menschen, gemindert, geschweige denn abgebaut. Aber die Menschen brauchen wieder die sprichwörtliche Luft zum Atmen.

Die griechische Regierung braucht zur Umsetzung ihres Programms allerdings die Unterstützung der EU, und dort vor allem der Bundesregierung. Diese besteht allerdings auf die Durchsetzung der Auflagen, die die von der EU, EZB und IWF eingesetzte Troika der alten griechischen Regierung gemacht haben. Diese Auflagen haben zu einer massiven Verarmung der griechischen Bevölkerung und zu einem Absturz der Wirtschaft geführt. Die einzigen, die davon profitiert haben, sind die großen Finanzkonzerne und Unternehmen, deren Profite massiv in die Höhe geschossen sind.

Wir fordern von der EU und vor allem von der Bundesregierung ein Ende der Verarmungspolitik und vor allem der Erpressung der neuen griechischen Regierung. Wir wollen, dass allen Menschen in der EU grundlegende soziale Rechte gewährt werden. Dazu gehört vor allem eine ausreichende Krankenversicherung, die Sicherung des zum Leben notwendigen bei Arbeitslosigkeit und ein ausreichender Mindestlohn.

Wir möchten auch daran erinnern, dass Deutschland immer noch nicht die erforderlichen Reparationszahlungen geleistet hat, die durch die Okkupation Griechenlands und der Zwangskredite der griechischen Nationalbank an Nazi-Deutschland über fast 500 Millionen Mark entstanden sind. Nach heutigem Wert wären das zwischen 8 – 11 Milliarden Euro, die Deutschland an Griechenland zu zahlen hat.

Zur Umsetzung des Regierungsprogramms und zur Linderung der ärgsten Nöte der griechischen Bevölkerung ist eine Änderung der Politik der EU unumgänglich. Die griechische Regierung schlägt der EU vor, über eine Lösung der Schuldenkrise Griechenlands zu diskutieren. Mit der bisherigen Politik sei dies nicht zu

erreichen. Die griechische Wirtschaft muss stabilisiert werden. Ohne Wirtschaftswachstum ist auch die Finanzkrise nicht zu bewältigen. Aus diesem Grund ist es notwendig, Griechenland einen Zahlungsaufschub bis Juni dieses Jahres zu geben. In dieser Zeit soll über die Modalitäten der Rückzahlungen neu verhandelt werden.

Wir denken, dass die deutsche Regierung in der EU eine Schlüsselfunktion inne hat. Wenn Griechenland in der Eurozone gehalten werden soll, muss die EU sich bewegen. Es muss Schluss sein, mit der von der Troika aufgezwungenen Sparpolitik, gegenüber den Ländern des Südens. Wir brauchen ein Europa der Solidarität, der sozialen Rechte und der Achtung der Menschenrechte. Dazu bedarf es ein Ende der Verarmungspolitik überall in Europa. Der Kampf der Menschen in Griechenland ist dafür nur der Auftakt.

In Spanien und Portugal warten die Menschen auf die nächste Möglichkeit die brutale Sparpolitik abzuwählen.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- **Eine Beendigung der Unterstützung der Troika**
- **Für faire Verhandlungen zur Lösung der Schuldenfrage**
- **Atempause zur Begleichung der Schulden, Reparationszahlungen wegen der Verbrechen der Wehrmacht während der Besetzung Griechenlands und der Erhebung der Zwangskredite**

Text:

Georgios Mpoukouvalas, In Der Donk 8 b,
40599 Düsseldorf

